

CDU in Frankfurt: Spenden-Affäre um die Frankfurter CDU

Frankfurter Rundschau

Die Frankfurter CDU hat eine mysteriöse Geldspende aus Aserbaidschan erhalten, wie [sueddeutsche.de in einem Bericht](#) schreibt. Nach Recherchen von WDR, SZ und Abgeordnetenwatch.de soll der CDU-Kreisverband Frankfurt danach zwei Spendenzahlungen in einer Gesamthöhe von 28.000 Euro von dem staatlichen aserbaidischen Öl- und Gasunternehmen Socar angenommen haben, obwohl Unternehmensspenden aus dem Nicht-EU-Ausland nach dem Parteiengesetz verboten sind. Socar hatte die Spende an die CDU mit seiner „sozialen Verantwortung“ begründet. Abgeordnetenwatch.de, eine überparteiliche und institutionell unabhängige Internetplattform, nimmt diesen Vorfall zum Anlass, ein [striktes Verbot von Unternehmensspenden](#) zu fordern.

Der Frankfurter CDU-Kreisverband hatte das Geld aus Aserbaidschan 2012 in zwei Tranchen erhalten. Erst überwies Socar von einem deutschen Konto aus 3000 Euro, später noch einmal 25.000 Euro an die CDU. Wie die Süddeutsche berichtet, verbuchten die Frankfurter Lokalpolitiker das Geld ordnungsgemäß, weil es von einem deutschen Konto kam. Doch Parteien dürfen Spenden aus dem außereuropäischen Ausland grundsätzlich nicht annehmen, auch wenn das Geld über deutsche Vertretungen überwiesen wird.

Rechtsstreit mit Bundestagsverwaltung

Erst interne Prüfer in der Berliner CDU-Parteizentrale sollen wegen der Spende von Socar Bedenken bekommen haben. Sie informierten die für die Parteienfinanzierung zuständige Bundestagsverwaltung. Es kam zu einem Rechtsstreit zwischen der Behörde und der CDU. Inzwischen hat die Bundestagsverwaltung per offiziellem Bescheid festgestellt, dass die Annahme der Spende aus dem Nicht-EU-Land unzulässig war. Es ist nicht das erste Mal, dass deutsche Christdemokraten Spenden aus Aserbaidschan erhalten haben. Die CDU-Abgeordnete Karin Strenz soll für eine Nebentätigkeit Geld aus dem Land bekommen haben.

abgeordnetenwatch.de fordert nach Bekanntwerden der illegalen Parteispende an die Frankfurter CDU ein striktes Verbot von Unternehmensspenden. Parteispenden aus der Wirtschaft sind nach Ansicht der Internetplattform ein grundsätzliches Einfallstor für die Beeinflussung von Politik. „Lobbyisten-

Spenden müssen verboten werden“, forderte Abgeordnetenwatch.de-Sprecher Roman Ebener am Donnerstag. „Wir müssen ausschließen, dass politische Entscheidungen in Deutschland käuflich sind. Das schaffen wir nur durch mehr Transparenz und strenge Spendenregelungen.“

Die Begründung des staatlichen aserbaidischen Öl- und Gasunternehmens, der Frankfurter CDU die Spende aus „sozialer Verantwortung“ gegeben zu haben, bezeichnete Ebener als „hanebüchen“. Socar verfolge in Deutschland große wirtschaftliche Interessen. [Laut Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle \(BAFA\)](#) hat Aserbaidischland von Januar bis August dieses Jahres 1,75 Mio. Tonnen Rohöl nach Deutschland verkauft und ist damit acht größtes Lieferland. Derzeit baut Socar zusammen mit Partnern an einer Pipeline, die die EU spätestens 2020 mit Erdgas versorgen soll.